

## Transition Politics

### *Statement der Partei „Die Violetten“, Landesverband Hamburg, zum Wahlergebnis der Berliner Piratenpartei*

Hamburg, den 18. September 2011 - Herzlichen Glückwunsch zum sensationellen Wahlergebnis der Piratenpartei bei der Senatswahl in Berlin von der Partei „Die Violetten – für spirituelle Politik“, Landesverband Hamburg.

Der Übergang von der etablierten Politik zur Volkspolitik wird vollzogen. Mit sensationellen 9% der Wahlstimmen zieht zum ersten Mal die ehemals Randpartei „Die Piraten“ in ein Landesparlament.



*Vor zwei Jahren bei der Europawahl öffentlich belächelt, heute mit 15 Sitzen im Berliner Senat.*

Wir bedanken uns für das tolle Engagement und den Mut, der auf viele weitere kleine Parteien ausstrahlt. Die Piraten treten mit vielen Punkten in ihrem Programm auf, die ebenfalls in den Konzepten und der Vision der „Violetten“ schon lange etabliert sind: z.B. ein bedingungsloses Grundeinkommen, Direkte Demokratie, ein nachhaltiger Umgang mit der Umwelt und ihren Ressourcen, gesellschaftliche Teilhabe und ein gerechtes Bildungssystem.

Für die deutsche Politik ergeben sich aus dem Wahlergebnis drei wichtige Lehren. Die Zeit ist reif für mehr Basisdemokratie. Auch wenn offiziell von Politikverdrossenheit der Bevölkerung gesprochen wird, und vor allem auch von Politikunmündigkeit der Jugend, so können wir doch erkennen, dass immer breitere Bevölkerungsschichten sich mit der Frage auseinandersetzen, wie wir in Zukunft leben wollen. Über 120.000 Wahlstimmen der Piraten sollen heute von sogenannten Nichtwählern gekommen sein. Da vor allem unsere Kinder die längste Zeit in der Zukunft leben werden, beobachten sie recht wachsam, welche Lasten ungefragt auf ihre Schultern geladen werden.

Der Gedankenaustausch dieser jungen Menschen geschieht typischerweise über die elektronischen Medien und die sozialen Netzwerke. Dies bedeutet als zweite Lehre speziell aus dem Wahlergebnis der Piraten für die deutsche Politik insgesamt zu lernen, über diese Medien zu kommunizieren, und vor allem auch Rückschlüsse für die praktische Politik zu ziehen (dem Volk aufs elektronische Maul schauen). Welche Macht durch diese Medien generiert werden kann, konnten wir alle erfreut beim afrikanischen Frühling erleben, ebenso wie bei vielen Demokratiebewegungen rund um die Welt.

Die dritte Lehre aus der Berliner Wahl kann man aus dem doch recht eng fokussierten Wahlprogramm der Piratenpartei ziehen. In unserer schnelllebigen Zeit entscheiden immer öfter Einzelaspekte die aktuelle Stimmung und damit die politische Ausrichtung. Gewählt wird das Thema, welches den Bürgern gerade auf den Nägeln brennt (Bsp. Atomausstieg). Damit dies nicht abgeleitet in eine Politik der Marktschreier, ist eine jederzeitige und allumfassende Informationsmöglichkeit aller Bürger notwendig. Hierin liegt ein besonderer Verdienst der Piratenpartei. Sie haben einen Schwerpunkt ihrer Wahlaussagen auf mehr Transparenz im Generellen, und bei der Politik im Speziellen gelegt, und fordern freien Zugang zu alle relevanten Informationen.

Dies ist ein notwendiges Wesensmerkmal der sich entwickelnden vollen Demokratisierung der Gesellschaft.

Wir wünschen der Piratenpartei alles Gute bei der weiteren politischen Arbeit und freuen uns auf einen regen Austausch.

Frank Sohr  
Landesvorsitzender Hamburg  
Die Violetten - Partei für spirituelle Politik

#### **Pressekontakt**

Ian Diggance  
Pressestelle  
T 040/ 18 04 89 50  
F 040/ 18 04 89 62  
presse@hh-violette.de  
[www.hh-violette.de](http://www.hh-violette.de)

#### **Über "Die Violetten – Partei für spirituelle Politik"**

Die Partei „Die Violetten - für spirituelle Politik“ wurde im Jahre 2001 in Dortmund gegründet und ist deutschlandweit vertreten. Mit rund 900 Mitgliedern und zehn Landesverbänden setzt sie sich aktiv für die Einbeziehung der Spiritualität in die politische Arbeit ein, um ganzheitliche Lösungen für die elementaren Bedürfnisse aller Bürger zu gestalten, z.B. durch direkte Demokratie und ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Weitere wichtige politische Forderungen sind die Stärkung der direkten Demokratie in Form von Volksbegehren und Volksabstimmungen in wichtigen Fragen, eine vom Zwang wirtschaftlicher Interessen befreite Bildungspolitik, ein vom Versicherungszwang befreites Gesundheitswesen, das durch Aufklärung und Bewusstmachen der Zusammenhänge aus ganzheitlicher Sicht das Entstehen von Krankheit möglichst vermeidet und neben der Schulmedizin bewährte alternative Heilmethoden als gleichberechtigt anerkennt.

Angetreten ist die Partei bei der Bundestagswahl (2002, 2009), bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (2011), Bayern (2008), Hessen (2008) und Nordrhein-Westfalen (2009) sowie bei der Europawahl (2009).